

Beteiligung braucht Rücksichtnahme!

Warum es schwierig ist und wie es möglich wird, Familien zu aktivieren.

Angelika Engelbert

Die Fachleute sind sich einig, dass eine Beteiligung von Familien bei der Planung und Durchführung familienpolitischer Maßnahmen und Projekte wichtig ist. Familien(angehörige) sind in der Regel Expertinnen und Experten in eigener Sache und können dazu beitragen, ihre Lebenswelt für Politik und Verwaltung verständlicher zu machen. Hierdurch können Herausforderungen und Bedarfe festgestellt und familienpolitische Maßnahmen zielgenau ausgerichtet werden. Durch die Beteiligung werden schließlich auch grundsätzlich die Potentiale für Selbsthilfe und freiwilliges Engagement gestärkt.

Die Beteiligung bringt also sowohl für die Familien selbst als auch für die Kommunen und für das Gemeinwesen Vorteile. Allerdings scheint die Umsetzung des Beteiligungsgedankens nicht einfach zu sein. Aus der kommunalpolitischen Praxis ist immer wieder zu hören, dass es sehr schwierig ist, Familien zu einer Mitarbeit zu bewegen, dass die wenigen, die aktiviert werden können, häufig nicht diejenigen sind, für die familienpolitische Maßnahmen besonders wichtig wären. Beobachtet wird außerdem, dass im Prozess der Beteiligung häufig die Teilnahme nachlässt.

Voraussetzungen von Engagement und Beteiligung

Schwierigkeiten einer Beteiligung von Familien resultieren daraus, dass gerade für sie wichtige Voraussetzungen für Partizipation und Engagement seltener vorhanden sind. Bürgerschaftliches Engagement hat häufig mehr als ein Motiv. Der Spaß an der Tätigkeit oder der Wunsch, mit anderen Menschen zusammen zu sein, ist ebenso wichtig wie der Wunsch, anderen zu helfen bzw. etwas für das Gemeinwohl zu tun. Menschen engagieren sich sowohl aus eigennützigen als auch aus gemeinwohlorientierten Motiven. Beide Motivbündel gelten weniger als Alternativen, sondern wirken gleichzeitig. Bevorzugt werden außerdem eher kurzfristige und flexible Einsätze, und der wichtigste Grund, mit einem bereits praktizierten Engagement aufzuhören, ist Zeitmangel.

Diese Ergebnisse werden durch Erkenntnisse zu den Hintergründen politischer Partizipation bestätigt. Auch hier geht man von unterschiedlichen »Sinnhorizonten« aus. Diese können sich auf den Wert der Beteiligung an sich und auf das Gemeinwohl ebenso beziehen wie auf die Lösung eigener Probleme oder den Wunsch nach Zusammenarbeit mit anderen. Auch hier gilt: beteiligen wollen sich die Menschen nicht »umsonst«, sie möchten durchaus auch persönlich profitieren. Bekannt ist zudem, dass (persönlich oder politisch) relevante Themen eher zur Partizipation motivieren und vor allem, dass »mächtige Interessen« einfacher zu vertreten sind als schwache. Im Prozess der Partizipation selbst werden vertraute Engagementformen bevorzugt.

Im Rahmen von Partizipation ist Geduld und ein »langer Atem« der Beteiligten erforderlich, um Erfolge zu erzielen. Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass Sprache als Hemmschwelle fungieren kann. Andere verstehen und eigene Vorstellungen glaubhaft und nachvollziehbar zu vermitteln, gelingt besser mit einem gewissen Maß an sprachlichen Kompetenzen und Ausdrucksmöglichkeiten.

Das »Sozialsystem Familie«: Ausgangslage für Beteiligung

Bei der Beantwortung der Frage, ob diese Voraussetzungen für Familien gegeben sind, sollte man unbedingt auf die Besonderheiten des »Sozialsystems Familie« schauen. Zunächst: Es gibt nicht »die« Familie. Aufgrund der bekannten Prozesse des familialen Wandels ist vielmehr eine Vielfalt von Familienformen mit einer entsprechenden Vielfalt von Bedarfslagen und Interessen gegeben. Familien haben aber immer mehrere Mitglieder. Hieraus ergibt sich eine Vielzahl von Einzelinteressen, von Aufgaben und Routinen. Das Familienleben kann man sich deshalb auch als einen permanenten »Balanceakt« vorstellen, bei dem es darum geht, den Anforderungen aller Familienmitglieder gerecht zu werden. Dies führt tendenziell zu Belastungen und Zeitstress und muss als ungünstige Ausgangslage für Engagement und Beteiligung gesehen werden.

Die Gesamtheit der anfallenden Aufgaben ändert sich für Familien aufgrund der ganz normalen Familienentwicklungsprozesse, aber auch aufgrund von unvorhersehbaren Ereignissen wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit beständig. Insofern kann man auch nicht von einer dauerhaft stabilen Interessenlage ausgehen. Dies schränkt die Möglichkeiten für ein Engagement grundsätzlich ein. Erfolge der Beteiligung treten oft erst dann ein, wenn sich für diejenigen Familien, die sie mitbewirkt haben, vollkommen andere Bedarfslagen eingestellt haben. Ein »langer Atem«, der für viele Beteiligungsprozesse wichtig ist, wird unter diesen Bedingungen schwierig.

Innerhalb von Familien herrscht eine spezielle Form von Solidarität vor, mit Bezug auf Kinder wird hier auch von »verantworteter Elternschaft« gesprochen. Damit ist verbunden, dass für Eltern die Interessen der Kinder im Vordergrund stehen. In aller Regel nehmen Eltern deshalb für sich selbst Nachteile in Kauf, wenn dadurch Vor-

teile für die Kinder entstehen. Beteiligungsaktivitäten, die ihre eigenen Interessen betreffen, erscheinen ihnen selbst und oft auch ihrer Umwelt überflüssig oder zumindest weniger wichtig.

Schließlich ist das Sozialsystem Familie in ganz besonderer Art und Weise auf eine verständnisvolle und rücksichtsvolle Umwelt angewiesen. Familien gelten als legitime Orte des Austauschs von Gefühlen und gegenseitiger Hilfe. Damit dies so sein kann, benötigen sie ein relativ hohes Maß an Zusammenhalt und damit auch Abgrenzung gegenüber ihrer Umwelt. Umweltkontakte sind zwar notwendig, gehen aber auch mit andere Orientierungen und Verpflichtungen einher. Umweltkontakte, wie sie durch Beteiligung zwangsläufig entstehen, schaffen für Familien also weitere Sinnhorizonte, sie binden Zeit und Aufmerksamkeit und können dann, wenn sie zu viel Energie erfordern, das Familienleben auch beeinträchtigen. Es geht also auch hier darum, »Balancen« zwischen Familienpflichten und außerfamilialem Engagement zu sichern.

Lebensbedingungen von Familien: Günstig für Beteiligung?

Auch mit Blick auf die besondere Situation des »Familiensektors« in unserer Gesellschaft zeigen sich typische Hindernisse für die Beteiligung von Familien. Kinder kosten Geld und schränken gleichzeitig die Möglichkeiten Geld zu verdienen ein, vor allem weil Erwerbstätigkeit und Familie nur schwerlich zu vereinbaren sind. Dies bedingt eine ökonomische Benachteiligung, zunehmend auch Armut von Kindern und ihren Eltern und stellt weitere Herausforderungen an den Familienalltag. Gerade in benachteiligten Sozialräumen verschärft sich diese Situation, da sich hier die Probleme häufen und Abweichungserfahrungen für Eltern und Kinder zunehmend »normal« sind. Eine eingeschränkte Erfahrungsmöglichkeit der eigenen Nützlichkeit behindert aber die Entwicklung von Selbstvertrauen und einem Vertrauen in die soziale Umwelt. Das wiederum sind wichtige Bedingungen für die Bereitschaft und Fähigkeit, sich zu engagieren.

Das Motiv Gemeinwohlinteresse kann sich zumindest in benachteiligten Sozialräumen, in denen Familien überdurchschnittlich häufig leben, nur schwerlich entwickeln, da oft »Gestaltungsoptimismus« fehlt. Wenn Familien die Kompetenz abhanden kommt, Probleme eigenständig zu lösen und Unterstützungsbedarfe zur Normalität werden, dann sinkt auch das Interesse an der Gestaltung der Bedingungen, unter denen Probleme gelöst werden könnten.

Zwar gibt es durchaus eine ganze Reihe von Vereinen und Verbänden, die Familieninteressen vertreten. Ihre »Wirkmacht« ist jedoch vergleichsweise gering, u.a. deshalb, weil auch sie unterschiedliche Gruppen und Interessen vertreten und oft nicht mit einer Stimme sprechen können. Familieninteressen sind keine »mächtigen«

Interessen und das bedeutet, dass die Selbstverständlichkeit und die Erfolgsaussichten eines Engagements und damit auch die motivierenden Momente für eine Partizipation der Familien eingeschränkt sind.

Wir finden für Familien also vergleichsweise häufig Voraussetzungen, die ihre Aktivierung erschweren. Dies sollte bei der konkreten Planung von Maßnahmen und Projekten für Familien berücksichtigt werden.

Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung einbeziehen

Familienpolitische Akteurinnen und Akteure betonen immer wieder, dass für eine funktionierende Beteiligung von Familien in den Kommunen ein echtes »Beteiligungsklima« entwickelt werden muss. Beteiligung muss selbstverständlich sein und im Idealfall sollte grundsätzlich geprüft werden, ob und wie Familien sich bei neuen oder zu modifizierenden Vorhaben einbringen können. Hierfür ist es zunächst wichtig, dass allen klar ist, dass und warum Familien eine Stimme zu geben ist. Hier sollte die Öffentlichkeit ebenso wie die politischen Gremien und die Verantwortlichen un-bedingt frühzeitig mit »ins Boot« genommen werden. Politische Aufträge zur Beteiligung von Familien schaffen Verbindlichkeiten und ermöglichen im Zweifelsfall auch eher die Bereitstellung erforderlicher Ressourcen.

Auch in der Verwaltung ist die Etablierung einer Orientierung am »Kundenkreis« der Familien unabdingbar für die Herstellung eines familienfreundlichen Beteiligungsklimas. Hierbei sollten möglichst alle Fachbereiche und Ämter, die mit Familienfragen befasst sind, an einem Strang ziehen und querschnittsorientierte Strukturen auch zur Festigung von Beteiligungsverfahren nutzen.

Gute Planung und Organisation sind wichtig

Der Vorlauf für Beteiligungsprozesse, die funktionieren sollen, braucht Zeit. Eine gute Planung und Organisation ist unbedingt erforderlich. Die besonderen Zeitstrukturen des Familienalltags und die Zeitressourcen von Familienmitgliedern müssen dabei auf jeden Fall berücksichtigt werden.

Von Anfang an ist es wichtig, dass alle zu Beteiligten frühzeitig informiert werden und dass grundsätzlich auf ausreichende Transparenz geachtet wird. Diese Transparenz betrifft die Inhalte der Beteiligung (worum geht es?), die konkreten Beteiligungsformen und vor allem die Beteiligungsspielräume (wie weit geht die Mit-sprache?). Weiterhin ist sicherzustellen, dass die Familien geeignete und ihnen bekannte Ansprechpersonen vorfinden und dass die Orte, an denen Beteiligungsprozesse stattfinden, für die Familien erreichbar und ansprechend sind. Die Ansprache und die Beteiligungsprozesse als solche sollten an der konkreten Situation der

Familien ansetzen und dort wo möglich lebenswelt- und wohnortnah durchgeführt werden. Gerade für benachteiligte Familien werden auch nonverbale Formen der Beteiligung wichtig.

Grundsätzlich gilt, dass auch kleinere Beteiligungsprojekte Sinn machen und dass man eher »im Kleinen« als gar nicht oder zu spät damit anfangen sollte, Familien in eigener Sache zu beteiligen. Es ist im Übrigen durchaus möglich und sinnvoll, an bereits vorhandenen Beteiligungsstrukturen oder -vorgängen anzusetzen. Auch für Beteiligung gilt: das Rad muss nicht immer neu erfunden werden.

Der richtige Umgang mit Familien

Der Beteiligungsprozess selbst stellt besondere Anforderungen an die Verantwortlichen. Sie betreffen zunächst die Wertschätzung der Familien und ihrer Wünsche, was auch eine Reflexion der eigenen Haltung erfordert. Beteiligung bedeutet immer Machtabgabe, auch wenn diese Machtabgabe unterschiedlich stark ausfallen kann. Sie setzt voraus, dass die zu Beteiligten ernst genommen werden und dass ihnen grundsätzlich die Fähigkeit zugetraut wird, für sich und für ihre Familien zu sprechen.

Dabei ist es grundsätzlich wichtig zu berücksichtigen, dass die Familien(angehörigen) sich auch engagieren, weil sie Spaß an der Sache haben wollen und z.B. gleichgesinnte Menschen treffen oder kennen lernen wollen. Wichtig ist, dass dies auch für Eltern akzeptiert wird, die nicht auf ihre Rolle als verantwortliche Erziehende reduziert werden dürfen. Die Einbeziehung bereits existierender Netze kann daher eine gute Möglichkeit sein, Menschen für ein Engagement im Rahmen von Beteiligungsprozessen zu gewinnen. Auch die typische Abfolge von Familienphasen kann genutzt werden, indem engagierte Eltern für weitere Beteiligungsprojekte, die sich auf Folgephasen der Familienentwicklung richten, direkt angesprochen werden.

Bei allen Beteiligungsprozessen sollte gelten, dass persönliche bzw. familiäre Anforderungen unbedingt vorgehen. Dies betrifft nicht nur einmalige terminliche Schwierigkeiten, sondern sollte bereits bei der Ansprache und Planung berücksichtigt werden.

Ergebnis- und umsetzungsorientiert arbeiten

Eine umsetzungsorientierte Beteiligung von Familien setzt voraus, dass sich der Beteiligungsprozess nicht in stundenlangen, ergebnislosen Diskussionen erschöpft, sondern dass von Anfang an ein konkretes Ergebnis angestrebt wird, das auch schon die Festlegung von Umsetzungsschritten beinhaltet. Gerade für Familien, deren Bedarfs- und Interessenlage sich aufgrund der natürlichen Familienentwicklungsprozesse ja beständig

ändert, sind kurzfristige Erfolge wichtig, von denen sie in ihrer aktuellen Situation selbst auch noch etwas haben.

Zur Ergebnisorientierung gehört auch, dass kleinere und größere Erfolge nicht als selbstverständlich hingenommen werden, sondern auch als solche an die Familien zurück gemeldet werden. Erst hierdurch können Gefühle von Machtlosigkeit angegangen werden und die Identifikation mit dem Ergebnis und mit dem Beteiligungsprozess als solchem gestärkt werden. Erfolge kommunizieren heißt auch, die Interessenvertretung der Familien in Gang zu setzen bzw. zu bestärken und einen Schritt hin zur Transformation von Familieninteressen in »mächtige Interessen« zu gehen.

Ergebnis- und Umsetzungsorientierung darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass der Beteiligungsprozess an sich – vor allem aufgrund der wichtigen Kommunikations- und Auseinandersetzungsvorgänge – bereits wertvoll ist. Geduld gehört also unbedingt dazu – sowohl für die Familien als auch für die Fachleute.

Anmerkung

Gekürzte Fassung eines Beitrags im Internetportal www.familie-in-nrw.de des nordrheinwestfälischen Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration

Autorin

Dr. Angelika Engelbert, Privatdozentin, ist seit vielen Jahren in Forschung und Lehre zu den Themen Familie, Sozial- und Familienpolitik und Bürgerschaftliches Engagement tätig. Sie ist Leiterin des Informations- und Qualifizierungszentrums für Kommunen (IQZ) am Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung der Ruhr-Universität Bochum.

Kontakt:

Ruhr-Universität Bochum

ZEFIR, IQZ

LOTA 38

44780 Bochum

info@iqz-nrw.de

Redaktion Newsletter

Stiftung MITARBEIT

Wegweiser Bürgergesellschaft

Redaktion Newsletter

Bornheimer Str. 37

53111 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de